ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024

*Antragsteller*in:* *david baltzer*

Tagesordnungspunkt: *TOP 2 Antragsberatungen*

A9: Israel Palaestina: Nichtmilitärisches Konfliktmanagment stärken

Antragstext

Wir bitten die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, das Auswärtige Amt und die Parteileitung folgende Punkte mit in ihre aktive Politik einzubeziehen und in der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass neben der notwendigen Solidaritaet mit dem Staat Israel alle Konfliktparteien dazu ermutigt werden, nichtmilitärische Wege zu einem nachhaltigen Frieden in Nahost zu gehen. Wir danken insbesondere Annalena Baerbock für ihre unermüdlichen diplomatischen Bemühungen für eine nachhaltige Lösung der aktuellen Krise. Sowie der Suche nach Wegen zum Frieden, die für beide Seiten ein Ende der Gewalt, ein Leben in Selbstbestimmung und Würde auf der Grundlage von lebenswerten Grundbedingungen ermöglicht.

- die Einsetzung eines sofortigen Waffenstillstandes in Gaza und zwischen der Hamas und Israel, der das fortgesetzte Sterben der Zivilgesellschaft und die fortschreitende Zerstörung der Infrastruktur beendet

- die Öffnung von weiteren Landzugängen für humanitäre Hilfe, schnellere Abwicklung der Lieferungen sowie der Sicherstellung, dass die Lieferungen für eine menschenwürdiges Leben der Zivilgesellschaft ausreichen

- Reduzierung der Unterstützung der jetzigen israelischen Regierung auf ein minimum, ausgenommen der nötigen Luftverteidigung gegen den Raketenbeschuss aus dem Libanon, Jemen und Gaza

- Beendigung der illegalen Landnahme im Westjordanland sowie der Unterstützung von radikalen Aktionen der Siedlerbewegung gegen die palästinensische Zivilbevölkerung

- Beendigung von dem Beschuss von Presse und zivilen Helfern in Gaza und Westjordanland, wirkungsvolle rechtliche Aufarbeitung von solchen Vorfällen und

Entschädigung der Opfer

- um eine diplomatische Lösung und erste Schritte zu einem nachhaltigen Frieden nicht zu gefährden keine weitere Tötung von Verhandlungsführern der Hamas

- weiterhin zu prüfen, ob eine Anerkennung eines Staates Palästina hilft, den Friedensprozess konstruktiv zu fördern, insbesondere als Signal an die palästinensische Seite, dass ihre Interessen gesehen werden

Wir begrüssen, dass es bisher zu keiner grösseren militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hisbolla, dem Iran gekommen ist. Wir hoffen, auf eine umfassende militärische Zurückhaltung aller Konfliktparteien damit der Korridor für diplomatische Bemühungen nicht kleiner wird. Wir begrüssen die Bestrebungen in der EU Sanktionen gegen radikale Minister der jetzigen Regierung zu prüfen und umzusetzen. Wir halten eine Zurückhaltung der deutschen Regierung zu Fragen der Verfahren des internationalen Gerichtshofes für notwendig.

Begründung

Dieser Antrag basiert auf dem Beschluss zu Nahost der letzten BDK unter Einbeziehung des letzten Antrages der BAG Frieden in dieser Angelegenheit. Die Krise hat sich seitdem allerdings stetig weiter verstärkt, so dass wir energischen Druck auf die jetzige israelische Regierung für nötig halten. Wir sehen die äussert schwierige Situation von Israel, nach den Massakern vom 7. Oktober 2023 durch die Hamas das Staatsgebiet von Israel und das Leben seiner Bewohner:Innen erfolgreich zu schützen. Die letzten Jahrzehnte haben jedoch gezeigt, dass die Eskalationsspirale sich immer weiter dreht und die Gefahr eines grossen Nahostkrieges weiter steigt, wie auch die Verärtung in beiden Zivilgesellschaften die Fähigkeit für eine Friedenslösung immer weiter vermindert. Wir können nicht erkennen, dass die jetzige israelische Regierung in der Lage ist und Willens, Wege des Friedens zu gehen, die nicht auf Dauer zu Lasten der palästinenschen Bevölkerung gehen. Wir möchen die Handelnden von Bündnis 90 / Die Grünen ermutigen, sich weiterhin energisch für die demokratische israelische Zivilgesellschaft einzusetzen, den jetzt handelnden Regierenden soweit es geht die Unterstützung zu entziehen und diejenigen Kräfte der palästinensischen Zivilgesellschaft zu stärken, die selber unermüdlich für Frieden und Selbstbestimmung arbeiten und für eine freie Gesellschaft aller in Nahost aktiv sind.